

KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Leif-Erik Holm, Fraktion der AfD

Politisch motivierte Kriminalität im Wahljahr 2016

und

ANTWORT

der Landesregierung

Laut Aussagen des Ministers für Inneres und Europa, Lorenz Caffier, hat sich die politisch motivierte Kriminalität (PMK) im Wahljahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr auf 1.762 Delikte erhöht. Dies entspricht einem Plus von 40 %. Dieser Anstieg ist vor allem durch die 481 Straftaten mit Bezug zur Landtagswahl 2016 zu erklären (Quelle: <http://www.regierung-mv.de/Landesregierung/im/Aktuell/?id=126538&processor=processor.sa.pressemitteilung>).

1. Welche Parteien beziehungsweise deren Mitglieder waren wie häufig von Straftaten im Bereich der PMK im Wahljahr 2016 betroffen (bitte aufschlüsseln nach Parteien und Straftatbeständen)?

Insgesamt wurden 2016 im Zusammenhang mit Parteien folgende Politisch motivierte Straftaten registriert:

Parteien beziehungsweise Parteimitglieder als Opfer	Anzahl der Straftaten	verletzte Strafrechtsnormen
SPD	78	§§ 123, 185, 242, 303, 315b, 86a des Strafgesetzbuches (StGB)
CDU	77	§§ 123, 242, 248a, 303, 306, 86a StGB
DIE LINKE	35	§§ 242, 303, 86a StGB
FDP	18	§§ 242, 303, 86a StGB
Bündnis 90/Die Grünen	37	§§ 242, 303, 86a StGB
NPD	261	§§ 130, 185, 223, 241, 242, 243, 248a, 303, 315b, 86a StGB sowie § 26 des Versammlungsgesetzes (VersG)
AfD	119	§§ 107a, 108a, 185, 188, 223, 224, 241, 242, 303, 86a StGB sowie §§ 21, 26, 27 VersG

Parteien beziehungsweise Parteimitglieder als Opfer	Anzahl der Straftaten	verletzte Strafrechtsnormen
Sonstige Parteien (Freier Horizont, Achtsame Demokraten, Unabhängige Bürger, ALFA, FREIE WÄHLER, Tierschutzpartei, Die Partei)	14	§§ 242, 303, 86a StGB

2. Wie viele Ermittlungsverfahren mit Bezug zur Landtagswahl 2016 sind bisher mit einer Verurteilung abgeschlossen worden?
Wie viele Verfahren wurden eingestellt?

Von den Ermittlungsverfahren mit Bezug zur Landtagswahl 2016 sind bisher fünf mit einer Verurteilung abgeschlossen worden. In 425 Verfahren wurden die Ermittlungen eingestellt, wobei die Einstellung in der weit überwiegenden Zahl der Fälle darauf beruht, dass eine tatverdächtige Person nicht ermittelt werden konnte.